

21.3 Sprache Politik Gesellschaft

Thomas Niehr, Jörg Kilian und Martin Wengeler (Hrsg.)
Handbuch Sprache und Politik

Band 3



BUSKE

Handbuch Sprache und Politik
Band 3

Sprache – Politik – Gesellschaft

herausgegeben von

Heidrun Kämper, Jörg Kilian
und Kersten Sven Roth

Band 21.3



BUSKE

Handbuch Sprache und Politik

herausgegeben von

Thomas Niehr, Jörg Kilian und Martin Wengeler

in 3 Bänden

Band 3



BUSKE

Im Digitaldruck „on demand“ hergestelltes, inhaltlich mit der ursprünglichen, 2017 im Dr. Ute Hempen Verlag erschienenen Ausgabe identisches Exemplar. Wir bitten um Verständnis für unvermeidliche Abweichungen in der Ausstattung, die der Einzelfertigung geschuldet sind. Weitere Informationen unter: *www.buske.de/bod*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

ISBN (BoD) 978-3-96769-437-6
ISBN (eBook-PDF) 978-3-96769-444-4

© 2024 Helmut Buske Verlag GmbH, Hamburg. Alle Rechte vorbehalten. Dies gilt auch für Vervielfältigungen, Übertragungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, soweit es nicht §§ 53 und 54 UrhG ausdrücklich gestatten.
Umschlaggestaltung: J. Böning / R. Fischer, Kunstschule Wandsbek, Bremen. Druck und Bindung: Books on Demand, Norderstedt.
Printed in Germany.

Inhalt Band 3

5.	Geschichte der politischen Sprache in Deutschland seit der Frühen Neuzeit	
5.1.	Von der Reformationszeit bis zur Französischen Revolution (Hajo Diekmannshenke)	903
5.2.	1848 (Juliane Schröter)	915
5.3.	Kolonialismus (Ingo H. Warnke/Daniel Schmidt-Brücken)	936
5.4.	1918 (Thorsten Eitz)	956
5.5.	1933-1945 (Christoph Sauer)	975
5.6.	Nachkriegszeit: BRD (Heidrun Kämper)	999
5.7.	SBZ und DDR (1945-1989) (Horst Dieter Schlosser)	1018
5.8.	1968 (Martin Wengeler)	1036
5.9.	„Wende“ und Vereinigung (Ruth Reiher)	1057
6.	Anwendungsbereiche politolinguistischer Forschungsergebnisse	
6.1.	Linguistische Politikberatung (Kersten Sven Roth)	1079
6.2.	Sprachdidaktik (Jörg Kilian)	1098
6.3.	Sprachkritik (Jürgen Schiewe)	1121
7.	Politolinguistische Forschung in Europa	
7.1.	Politolinguistik in Großbritannien (Melani Schröter)	1145
7.2.	Politolinguistik in Frankreich (Ronny Scholz/Pierre Fiala)	1163
7.3.	Politolinguistik in Italien (1994-2013) (Riccardo Gualdo)	1200
7.4.	Politolinguistik in Österreich (Maria Stopfner)	1213

Inhalt Band 1

Vorwort	VII	
1.	Geschichte der Politolinguistik	
1.1.	Varietätenlinguistische Einordnung (Christian E fing)	3
1.2.	Rhetorik als Vorläufer (Manfred Kienpointner)	20
1.3.	Politiksprachforschung vor 1980 (Walther Dieckmann)	33
2.	Forschung zu Sprache und Politik in Nachbardisziplinen	
2.1.	Politikwissenschaft (Werner Patzelt)	45
2.2.	Soziologie (Reiner Keller)	64
2.3.	Wirtschaftswissenschaft (Karl-Heinz Brodbeck)	81
2.4.	Politrhetorik (Joachim Knappe)	100
2.5.	Geschichtswissenschaft (Thomas Mergel)	129

3.	Linguistische Methoden und Beschreibungsebenen	
3.1.	Lexik – funktional (Thomas Niehr)	149
3.2.	Lexik – korpusanalytisch (Alexander Ziem)	169
3.3.	Lexik – frame-analytisch (Dietrich Busse)	194
3.4.	Lexik – metaphernanalytisch (Michael Drommler)	221
3.5.	Einzeltextorientierte Argumentationsanalyse (Heinz-Helmut Lüger)	241
3.6.	Diskursorientierte Argumentationsanalyse (Martin Wengeler)	261
3.7.	Sprachhandlungsanalyse (Frank Liedtke)	282
3.8.	Textanalyse (Stephan Stein)	298
3.9.	Gesprächsanalyse (Emo Gotsbachner)	318
3.10.	Diskursanalyse (Jürgen Spitzmüller)	346
3.11.	Multimodale Analyse (Sascha Michel)	365

Inhalt Band 2

4.	Forschungsgegenstände/Beispielanalysen: Empirische Politolinguistik	
4.1.	Diskurse (Ekkehard Felder/Katharina Jacob)	389
4.1.1.	Risikodiskurse (Jana Tereick)	407
4.1.2.	Moralische Diskurse (Karin Böke)	419
4.1.3.	Metaphern in Diskursen (Andreas Musolff)	450
4.1.4.	Akteure/Institutionen (Franz Januschek)	464
4.2.	Gesprächssorten (Dorothee Meer)	484
4.2.1.	Plenardebatten (Armin Burkhardt)	508
4.2.2.	Politische Interviews (Daniel Düring)	532
4.2.3.	TV-Diskussionen/Politische Talkshows (Adi Grewenig)	553
4.2.4.	Interaktionsformen im Internet (Jens Runkehl)	576
4.3.	Textsorten (Heiko Girth)	597
4.3.1.	Wahlplakate (Steffen Pappert)	607
4.3.2.	Wahlspots (Stephan Habscheid/Horatiu Rumann)	627
4.3.3.	Slogans (Elke Donalies)	651
4.3.4.	Parteiprogramme (Josef Klein)	664
4.3.5.	Reden (Jan C. L. König)	687
4.3.6.	Flugblätter (Christiane Caemmerer)	710
4.3.7.	Politische Nachrichten und Kommentare (Martin Luginbühl)	732
4.4.	Sprachhandlungen (Bettina Bock)	752
4.4.1.	Um Begriffe kämpfen (Josef Klein)	773
4.4.2.	Kaschieren und verschleiern (Iris Forster)	794
4.4.3.	Eigenes und Fremdes konstruieren (Anja Lobenstein-Reichmann)	811
4.4.4.	Argumentieren in Einzeltexten (Walther Kindt)	833
4.4.5.	Argumentieren in Diskursen (Constanze Spieß)	860
4.4.6.	Imagearbeit (Werner Holly)	882

5. Geschichte der politischen Sprache in Deutschland seit der Frühen Neuzeit

5.1. Von der Reformationszeit bis zur Französischen Revolution

1. Die Situation am Ende des Mittelalters

Versteht man politische Kommunikation als medial basierte öffentliche Kommunikation, so fällt es schwer, im Mittelalter von politischer Kommunikation in diesem Sinne zu sprechen. Eine Öffentlichkeit im modernen Sinne war praktisch nicht vorhanden, das Kommunizieren politischer Themen erfolgte in exklusiven Kreisen derjenigen, die über die politische Macht verfügten, und war nicht an ein Publikum, sondern an spezifische Adressaten aus dem eigenen oder einem gegnerischen Machtbereich gerichtet. Damit spielt Mündlichkeit als Modus des Kommunizierens eine wesentliche Rolle, in Texten fixiert sind dabei vor allem Rechtsangelegenheiten. Rechtstexte, Urkunden, Verträge und dergleichen mehr sind ebenso wie ein politisches Angelegenheiten verpflichteter Briefwechsel wesentliche Ausprägungen. Als schriftliche Kommunikationsform dominiert dabei der Brief (vor allem in seinem rechtssetzenden Charakter als Urkunde). Damit einher geht eine Dominanz des Lateinischen als Sprache internationalen politischen Handelns, zumindest für den zentraleuropäischen Machttraum. Allenfalls die Predigt richtet sich an ein breiteres Publikum. Allerdings spielt der Brief auch nach dem tiefgreifenden Medienwandel, der im 15. Jahrhundert beginnt, eine wichtige Rolle in der politischen Kommunikation, wie neuere Untersuchungen belegen (vgl. Weber 2010; Heidenreich/Schönpflug/Weber 2012).

Armin Burkhardt konstatiert im Fazit seiner Übersichtsdarstellung „Deutsche

Sprachgeschichte und politische Geschichte“ (2008) zutreffend, dass die

„politische Sprache vieler Zeitabschnitte [...] im Dunkel der Geschichte [liegt], und infolge von Überlieferungslücken wird manches wohl für immer dort verbleiben. Doch auch wo die Quellenlage günstig ist, harren viele Dokumente noch der historisch-politologisch-linguistischen Untersuchung (z.B. die Protokolle von Magistraten, Zensurbehörden, Ständekammern und der politischen Gerichtsbarkeit). Nur zu einigen besonders wichtigen historischen Epochen liegen linguistische Studien vor, die sich mit der Sprache der politischen Auseinandersetzungen der Zeit beschäftigen. Dabei gilt die Regel: Je näher der Gegenwart, desto höher der Erforschungsgrad.“ (Burkhardt 2008, 119).

Der hier vorgestellte Zeitraum umfasst annähernd drei Jahrhunderte. Dementsprechend stellt sich die Frage nach Kriterien für die Wahl eines solchen Abschnitts. Peter von Polenz liefert eine medien-historische Begründung, die ihren Niederschlag sowohl in der allgemeinen Sprachentwicklung als auch in der Ausprägung einer öffentlichen politischen Kommunikation findet:

„Es ist vielmehr mit einem sehr fließenden Übergang vom Spätmittelalter zur frühen Neuzeit zu rechnen. Die Reformation war weniger ein Beginn als vielmehr der Kulminationspunkt einer langen Übergangsepoche, die vom späten 14. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts reichte. Einerseits verfielen alte Strukturen des Mittelalters, wurden aber teilweise konserviert, restauriert oder der ‚Modernisierung‘ nur angepaßt: Reichsverfassung, universale ka-

tholische Kirche mit weltlichen Herrschaftsansprüchen, spätfеudaler Ständestaat, territoriale Souveränität der Fürsten. Andererseits wurde in immer neuen Versuchen die Befreiung aus mittelalterlichen Verhältnissen eingeleitet, durch Entwicklung modernisierender Strukturen in Staat und Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft, z.T. durch Rezeption antiken Gedankengutes (Römisches Recht, Renaissance, Humanismus), durch frühe Wissenschaften, Erfindungen und Entdeckungen, vor allem langfristig (seit dem 13. Jh.) durch Frömmigkeits- und Reformbewegungen von Bettelorden und Mystik bis hin zu Luthers Kirchenspaltung. Es war die Zeit des werdenden Verwaltungsstaates, des städtebürgerlichen Frühkapitalismus und Frühkolonialismus, aber auch gescheiterter Aufstände von Unterschichten.“ (von Polenz 2000, 103)

Und, so könnte man ergänzen, dies ist der Beginn einer politischen Öffentlichkeit, die sich insbesondere der Volkssprache bedient (vgl. Schiewe 2004).

2. Reformationszeit

Mit der veränderten medial-kommunikativen Situation in der frühen Neuzeit, die durch die Entwicklung der Papiermühlen und der nun vergleichsweise einfachen Herstellung eines günstigen Schreibstoffs sowie des Buchdrucks mit beweglichen Lettern den Wechsel von der skriptographischen zur typographischen (vgl. Giesecke 1994; Giesecke 2002; Würzler 2013) Kommunikationstechnik ermöglichen, geht ein spürbarer Wandel der politischen Kommunikation einher. Werden bislang Einzel-exemplare von Texten für spezifische Auftraggeber kopiert oder individuell verfasst (skriptographische Technologie), so werden Texte erstmals für ein vergleichsweise heterogenes Publikum produziert (typographische Technologie).

Nicht mehr der einzelne Kopist oder Schreiber ist jetzt der Textproduzent, neben den Autor tritt als weitere Instanz der Buchdrucker, der anschließend die einzelnen (identischen) Exemplare des jeweiligen Drucks auf dem nun entstehenden (Buch-)Markt vertreibt, sofern nicht weitere Zwischenhändler diese Aufgabe erfüllen. Diesen Prozess und die damit verbundenen Folgen, sowohl für die Kommunikationsbedingungen als auch für die Konzeption und Realisation von Wissen, hat detailliert Giesecke (1994) dargestellt (vgl. Giesecke 2002 weiterführend in die Gegenwart). Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, dass die politische Kommunikation erstmals die elitären Zirkel der politischen Macht verlassen und Teil eines breiteren öffentlichen Diskurses werden kann. Darüber hinaus erlaubt die neue Technik die schnelle und massenhafte Herstellung kürzerer Texte wie Flugblatt und Flugschrift, wodurch Autoren und Drucker auf politische Ereignisse kurzfristig publizistisch reagieren können. Zugleich kann damit ein nur wenig lesekundiges oder gar leseunkundiges Publikum erreicht und in den politischen Diskurs einbezogen werden, da vor allem Flugblätter visuelle Elemente, z.B. in Form von Holzschnitten, für die Vermittlung nutzen und teilweise auch in die Argumentation einbeziehen. Als weiterer bedeutsamer Aspekt kann festgehalten werden, dass nun erstmals der politische Diskurs zumindest in Teilen in deutscher Sprache stattfindet. Gegenstand des nun öffentlich ausgetragenen Meinungsstreits sind zuallererst religiöse Themen (vgl. Oelke 1992).

Als vielleicht erster ‚politischer‘ Autor muss vermutlich Sebastian Brandt, der Autor des *Narrenschiffs*, gelten, der mit seiner Fuchshatz-Flugschrift im Jahre

1497 zweifellos eine der ersten politischen Flugschriften publiziert, wobei die Grenze zwischen literarisch-satirischem und politischem Text kaum zu ziehen ist. Ähnliches gilt für weitere Brandtsche Schriften dieser Zeit (vgl. Sack 1997). Der religiöse Streit im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts wird von nun an in hohem Maße in deutscher Sprache ausgetragen, allein katholische Autoren bedienen sich weiterhin vor allem der lateinischen Sprache, wobei Flugschrift (vgl. Schwitalla 1983) und Flugblatt als Leitmedien angesehen werden können. Der Reuchlin-Pfefferkorn-Streit im ersten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts stellt die erste öffentliche Flugschriftenkontroverse dar, wobei Pfefferkorn, selbst konvertierter Jude, seine vier Flugschriften, in denen er die Juden zum Christentum zu bekehren sucht, in deutscher und lateinischer Sprache publiziert. Johannes Reuchlins 1505 veröffentlichte Schrift *Deutsch Missive, warum die Juden so lang im Elend sind* stellt vermutlich den ersten offenen Brief der deutschen Sprachgeschichte dar (vgl. Schwitalla 1999, 49).

Als weitere mündliche Formen können auch der Bänkelsang, sofern politische Themen präsentiert werden, und vor allem die (politische) Predigt, wie sie Martin Luther und andere Reformatoren, besonders aber die Radikalen dieser Zeit pflegen (vgl. Diekmannshenke 1994), gelten.

„Ihre [der Flugschrift; HJD] große Zeit waren das 16. und 17. Jahrhundert, vor allem die Jahre von 1518 bis 1525, in welchen Flugschriften nicht nur Geschichte kommentieren, sondern Geschichte machten. Zu keiner anderen Zeit hatten Flugschriften auch eine solch weite geographische und soziale Verbreitung [...]. Durch sie wurde eine neue Art von Öffentlichkeit hergestellt, die es vorher nicht gab: eine öffentliche

Meinung („gemein sag‘), die nicht mehr sozial eingeschränkt war wie der lateinische Diskurs unter den Humanisten, der religiöse Diskurs in den kirchlichen Institutionen (Predigt, Verlesung von Briefen) oder der politische Diskurs über staatliche Instanzen (Einblattdrucke und öffentliches Ausrufen [...]).“ (Schwitalla 1999, 1)

Einen Überblick über die Flugschrift vor allem in ihrer Blütezeit, über ihre sprachlich-stilistischen Ausprägungen, ihre Themen und Funktionen und ihre Textsortengeschichte gibt Schwitalla (1983; 1999) (vgl. auch te Heesen 2011).

Reflexionen von Zeitgenossen über den eigenen Sprachgebrauch oder auch den der ideologisch-politischen Gegner sind hier erstmals nachweisbar. Nicht nur Luthers *Sendbrief vom Dolmetschen* (1530) beinhaltet relevante Aussagen über den öffentlichen Sprachgebrauch und seine Funktion, auch und gerade in seinen polemischen Schriften reflektiert er immer wieder den eigenen und fremden Sprach- und Wortgebrauch. Ähnliches findet sich bei Müntzer, Karlstadt oder auch beim ideologischen Kopf der Münsteraner Täuferbewegung von 1534/35, Bernhard Rothmann (vgl. Diekmannshenke 1994).

Während es zu Luthers Schriften und seinem spezifischen Sprachgebrauch eine ganze Reihe von Untersuchungen gibt (vgl. Wolf 1996, der im Anhang eine umfangreiche Bibliographie präsentiert; Lobenstein-Reichmann 1998; Stolt 2000), haben andere Autoren und erstmals auch Autorinnen (an der Seite der Reformatoren und der Radikalen oder auch selbstständig; vgl. Kobelt-Groch 1993) nur geringe linguistische Aufmerksamkeit erfahren. Während sowohl Historiker als auch Theologen in dieser Hinsicht vielfältige Publikationen vorweisen können, gilt das von linguistischer Seite bislang

immer noch nur für Thomas Müntzer, und das auch nur in begrenztem Maße und keineswegs auf den politischen Autor Müntzer bezogen (vgl. Spillmann 1991; Warnke 1993).

Im Rahmen der politischen Kommunikation der Reformationszeit hat schon früh der Schlagwortgebrauch der verschiedenen religiös-politischen ‚Parteien‘ und einzelner Autoren Aufmerksamkeit erfahren, zuerst durch Lepp (1908).

„Die moderne Forschung bezeichnet mit ‚S[chlagwort].‘ einen Ausdruck, der zu einer bestimmten Zeit besondere Aktualität gewinnt und mit dem ein Programm oder eine Zielvorstellung propagiert wird. S. sollen sowohl das Denken wie auch die Gefühle und das Verhalten von Menschen steuern.“ (Niehr 2007, 496)

Eine ausführliche Darstellung des Schlagwortgebrauchs insbesondere der Radikalen der Reformationszeit, aber auch der führenden Reformatoren sowie ausgewählter katholischer Autoren (sofern sie in deutscher Sprache publizierten) liegt seit längerem vor (vgl. Diekmannshenke 1994). Daneben stehen einige kleinere Publikationen zu Karlstadts Schlagwortgebrauch (vgl. Krause 1984; Diekmannshenke 1998) sowie zur spezifisch religiös-politischen Argumentation (vgl. Diekmannshenke 1995; 1997).

Sowohl die katholische als auch die evangelische Seite nutzen in ihren Flugblättern und Flugschriften Schlagwörter in großer Zahl, um für die eigene Partei zu werben und vor allem um die gegnerische argumentativ und polemisch zu bekämpfen. Während *Obrigkeit* und *Gewalt* im Sinne der Zwei-Reiche-Lehre Luthers als Fahnenwörter der Evangelischen gelten können, ist es *Ordnung* auf katholischer Seite (vgl. Diekmannshenke 1994; 100). Deren gemeinsame Gegner,

vor allem Radikale wie Thomas Müntzer, Andreas Bodenstein von Karlstadt, mit 127 Drucken zweitwichtigster Autor dieser Zeit (vgl. Schwitalla 1999, 59), oder die münsterischen Täufer, werden als *Aufführer*, *Ketzer* und *Wiedertäufer* sprachlich stigmatisiert, wobei schließlich der Vorwurf des *Aufbruchs* ausreicht, diese juristisch zu verfolgen und zu richten (vgl. Diekmannshenke 1994, 379-382).

Eng verbunden mit dem theologischen Streit um die Reformation spielen die sogenannten Bauernkriege eine wichtige Rolle im Rahmen der öffentlichen politischen Textproduktion (vgl. Brandt 1997; Schwitalla 1999, 54ff.), die vor allem als (anonyme) Protest- und Programmschriften zu bewerten sind. Vielfach werden dabei Holzschnitte als visuelle Propagandaelemente genutzt. Brandt (1984, 105) spricht gerade diesen Schriften eine wichtige Rolle bei der Herausbildung überregionaler Sprachnormen zu.

Schon früh beschäftigte sich Wettges (1978) mit dem Zusammenhang von Reformation und Propaganda in den süddeutschen Reichsstädten. Während bis zum Ende des 20. Jahrhunderts einige Arbeiten zum Thema erschienen (bibliographische Angaben in Diekmannshenke 2006, 25-29), ist das Interesse seitdem spürbar abgeklungen. Insgesamt kann konstatiert werden, dass in den genannten sowie in vielen weiteren Untersuchungen der Wortschatz im Vordergrund steht, sodass die politische Lexik als der am besten erforschte Teilbereich der politischen Kommunikation der Reformationszeit angesehen werden kann. Ebenso kann festgehalten werden,

„daß der Sprachstil dieser frühesten dt. Revolutionstexte weniger von sozialer Herkunft und Bildungsstand der Textverfasser als vielmehr von Textsortennormen und Kommunikationsintentionen geprägt ist und ihr Beitrag zu den

zeitgenössischen nationalen Aussonderungsprozessen beträchtlich war“ (von Polenz [1991], 260).

Im Gefolge der Flugblätter und Flugschriften und aus ihnen heraus entwickelt sich eine neue Textsorte, die sich zu Beginn des 17. Jahrhunderts als eigenständige Kommunikationsform mit eigenen kommunikativ-medialen Besonderheiten etablieren wird: die Neuen Zeitungen. Hierbei handelt es sich um einzelne Flugblätter und kurze Flugschriften, die ursprünglich bei spektakulären Ereignissen als einmalige Ausgabe, sieht man von wenigen Nachdrucken ab, erscheinen. Als erstes spektakuläres Ereignis politischer Art, denn die Neuen Zeitungen berichten auch über Katastrophen, ungewöhnliche Himmelserscheinungen, Spektakuläres und Kurioses und müssen als Vorläufer der Presse allgemein, aber auch der politischen Presse im Besonderen angesehen werden (vgl. Fischer 1981), kann das sogenannte Täuferreich zu Münster (1534/35) genannt werden. Zu diesem über die Grenzen des Reiches bedeutsamen Ereignis sorgen eine Vielzahl von Neuen Zeitungen für die Verbindung von politischer Kommunikation und Sensationsberichterstattung, wobei fast im Stile des modernen Boulevardjournalismus Polygamie und Gütergemeinschaft, Orgie und Hybris sowie die anschließende Hinrichtung führender Täuferpersönlichkeiten einen großen Teil der Berichterstattung ausmachen, ohne dass die politische Dimension des Geschehens vollständig aus dem Blick gerät (vgl. Diekmannshenke 1994). Ursprünglich nur zu besonderen Anlässen erschienen, entwickelt sich aus diesen Einzelausgaben schließlich die moderne Presse (vgl. Schottenloher [1922]/1985; Straßner 1997). Die Ereignisse von Münster können als gewisser

Abschluss von Reformationszeit, Bauernkriegen und damit verbundenen politischen Aufstandsbewegungen betrachtet werden.

Vergleichsweise spät hat auch die spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Judenverfolgung sprachwissenschaftliche Beachtung erfahren. Während Bering (1989) antijüdische Polemik bei Luther untersucht, analysiert Hartzitz (1994) die sprachliche Diskriminierung jüdischer Ärzte im 16. und 17. Jahrhundert.

3. Von der Reformation zum Dreißigjährigen Krieg und zur Französischen Revolution

„Im Anfang steht keine Revolution. Während die Geschichte Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Nordamerika durch ihre Revolutionen im 17. und 18. Jahrhundert in einem so fundamentalen Sinn geprägt worden ist, daß eine Darstellung ihrer modernen Entwicklung mit dieser Zäsur einsetzen kann, fehlt der deutschen Geschichte jener Zeit ein derart dramatischer Einschnitt.“ (Wehler 1996, 35)

Zusammen mit der Konfessionalisierung des Protestantismus setzt im Süden des Reiches die Gegenreformation ein, wobei die konfessionellen Kämpfe schließlich ein Jahrhundert später im Dreißigjährigen Krieg einen militärischen Höhepunkt finden, der nach Reformationszeit und ‚Bauernkriegen‘ den nächsten Kulminationspunkt der politischen Kommunikation in Deutschland bildet.

„An seinem Ende, im Westfälischen Frieden, wurde die Entwicklung zum deutschen Vielstaaterei-Absolutismus besiegelt.“ (von Polenz 1994, 4)

Nennenswerte politische Auseinandersetzungen in einer breiten Öffentlichkeit finden entsprechend erst wieder im Umfeld der Französischen Revolution statt.

Während die Reformationszeit und die sich daran anschließenden religiösen Auseinandersetzungen bis hin zur Gegenreformation trotz aller noch nicht eingelöster Desiderate doch als vergleichsweise gut erforscht anzusehen sind, kann dies für die nächste große politische (annähernd gesamteuropäische) Auseinandersetzung auf deutschem Boden, für die Zeit des 30-jährigen Krieges, nicht behauptet werden. Neben der frühen Arbeit von Bellmer (1940) zur Kriegspropaganda und Braungarts (1988) umfangreichen Studien zur Hofberedsamkeit, die sich am Beispiel des Erasmus von Tschernembl mit der Rolle der politischen Rede in der Zeit vor dem 30-jährigen Krieg beschäftigen, untersucht Wolter (2000) den Schlagwortgebrauch während dieses ersten gesamteuropäischen Krieges. Als Besonderheit kann festgehalten werden, dass in den sogenannten Fliegenden Blättern erstmals auch populäre Schlagwörter kreiert werden, die jedoch keinen Eingang in das übrige Schrifttum finden (vgl. Wolter 2000, 414). Autoren sind in dieser Zeit vor allem Juristen im Auftrag der jeweiligen Machthaber (vgl. Schwitalla 1999, 73).

Adrians (1999) korrigiert die lange Zeit geltende Meinung, dass die ersten periodischen Zeitungen des 17. Jahrhunderts reine Nachrichtenmedien gewesen seien dahingehend, dass sie ihre propagandistische Funktion und „Parteilichkeit“ im 30-jährigen Krieg nachweist. Barton (1992) stellt einen regional-spezifischen Aspekt dieses Themas dar. Wie schon in den Neuen Zeitungen über das Münsteraner Täuferreich verstehen sich die nun regelmäßig erscheinenden Zeitungen ebenso wie die weiterhin erscheinenden Flugblätter und Flugschriften, denen sich in quellenkritischer Perspektive Pfeffer (1993) gewidmet hat, durchaus auch als Teil der politischen

Kommunikation. Von Polenz (1994, 369) sieht den Beginn einer „öffentlichen Sprache“ schließlich erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Spezifischere Aspekte einer auch politisch orientierten Pressekommunikation haben Fritz/Straßner (1996) und Haß-Zumkehr (1998) untersucht.

„Sie [Flugblätter und Flugschriften] vermitteln zumeist nicht Fakten, sondern deren bewußte Aufbereitung im Sinne einer der am Krieg beteiligten Parteien. Die einzelnen ‚Relationen‘ mögen zwar den wirklichen Ereignissen mehr oder weniger folgen, die Tatsache, daß beispielsweise von schwedischer Seite auch der kleinste Erfolg publiziert wird, während Rückschläge weitgehend undokumentiert bleiben, belegt aber, daß es während des Dreißigjährigen Krieges primär darum geht, durch selektive und tendenziöse Berichterstattung die Meinungsbildung zu beeinflussen.“ (Tschopp 1991, 313)

Dabei bedienen sich sowohl die protestantischen als auch die katholischen Parteien der aus der Reformationszeit bekannten und bewährten argumentativen Muster.

Aufschlussreich für diesen Zeitraum scheint der Befund Wolters (2000, 414) zu sein, dass die protestantische Partei hinsichtlich der Zahl sowohl der Publikationen als auch der verwendeten Schlagwörter wesentlich stärker vertreten ist als die katholische Partei, womit sich eine Parallele zur Reformationszeit ergibt.

„Die Protestanten befanden sich in der Position, Konfliktpartner der machthabenden Obrigkeit zu sein. Daher mußten sie publizistisch die Offensive ergreifen, um ihre reformatorischen Forderungen vor Bevölkerung und politischen Kreisen darzustellen und damit auch zu rechtfertigen. Die Katholiken,

die sich in ihrer Position durch Tradition und Machtbesitz ausreichend legitimiert fühlten, reagierten in der Regel defensiv und wechselten in der verbalen Auseinandersetzung nur ungern in die Rolle des offensiven Konfliktpartners.“ (Wolter 2000, 414)

Hatte die Reformation erstmals eine breite ‚Öffentlichkeit‘ am Meinungsstreit und damit am politischen Leben aktiv partizipieren lassen, so war es den Zeiten des Absolutismus und insbesondere des Vormärz vorbehalten, die vorhandenen Defizite der deutschen Sprache hinsichtlich ihres nationalen und internationalen Ansehens, aber auch hinsichtlich der Verfügbarkeit wichtiger politischer Kommunikationsformen und der zugehörigen Textsorten seitens der deutschsprachigen Öffentlichkeit zu beseitigen (vgl. von Polenz 1994, 1). Einen wichtigen Anteil an dieser Entwicklung haben die Sprachgesellschaften, vor allem die Fruchtbringende Gesellschaft/Palmenorden, die Teutschgesinnte Genossenschaft, der Pegnesische Blumenorden, der Elbschwänenorden (im 17. Jahrhundert gegründet), die deutschübende poetische gesellschaft, der Parnassus Boicus und die Societas incognitorum (alle im 18. Jahrhundert begründet), zu denen eine Reihe von Untersuchungen vorliegen (vgl. von Polenz 1994, 112-119, 133; Gardt 1998). Einerseits tragen sie erstmals in der deutschen Geschichte zum Entstehen eines ‚Sprachpatriotismus‘ bei, andererseits zeigen sich jedoch auch vereinzelt Züge von ‚Sprachnationalismus‘ (Gardt 1999, 109), welcher vor allem in einem teilweise rigiden Sprach- und Fremdwortpurismus seinen Niederschlag findet (vgl. Kirkness 1998; Law 2002) und der zu Beginn des 20. Jahrhunderts erneut aufleben wird. Joachim Heinrich Campe als der exponierteste Vertreter dieser

Haltung wurde lange Zeit hinsichtlich seiner politisch-aufklärerischen Motive verkannt (vgl. Schiewe 1998; von Polenz 1994), wie seine *Briefe aus Paris* (1790) und vor allem sein *Wörterbuch der Deutschen Sprache* (1807–1811) beweisen.

Das scheinbare Erliegen der deutschsprachigen politischen Kommunikation nach den Auseinandersetzungen um den ‚rechten Glauben‘ und die Gestaltung eines christlichen Staates war mitbedingt durch eine weitgehende, erzwungene Abstinenz des Bürgertums von den politischen Entscheidungsgremien und der praktisch nicht vorhandenen Teilhabe am politischen Diskurs der Zeit (vgl. von Polenz 1994, 369.) Der ‚Rückzug‘ des Bürgertums aus der ‚Öffentlichkeit‘ in Bildungsgesellschaften, literarische Zirkel, Kaffeehäuser und dergleichen kann so als eine ‚Privatisierung‘ der politischen Meinungen betrachtet werden, welche nachfolgend die in Deutschland entstehende Publizistik in Form der ersten regelmäßig erscheinenden Zeitungen begünstigt hat. Deren Entstehen und Entwicklung sowie ihr Beitrag zur Vereinheitlichung der deutschen Schriftsprache sind inzwischen gut erforscht und weckten schon früh das Interesse der Forschung (vgl. Schottenloher [1922]/1985; Straßner 1997; Haß-Zumkehr 1998), wobei Morphologie und Syntax die meiste Aufmerksamkeit erfahren haben. Die Entwicklung der Zeitung insgesamt, zeitungsspezifischer Textsorten und die Herausbildung von Sparten, von Zeitungslektüre und Nachrichtenrezeption, die Entstehung und Entwicklung von Boulevardzeitungen, der Parteipresse sowie in jüngster Zeit von Online-Zeitungen sind in großem Umfang erforscht und können in den einschlägigen Darstellungen verfolgt werden (vgl. Straßner 1997).

„Die Französische Revolution mag nicht isoliert dastehen, aber sie war bei weitem bedeutender als alle Bewegungen jener Epoche, und ihre Folgen gingen daher auch weitaus tiefer. [...] Das Resultat der Französischen Revolution aber war die Umwandlung der Welt der Madame Dubarry in jene Balzacs. [...] Ihre Armeen setzten sich in Marsch, um die Revolution in die ganze Welt zu tragen, und ihre Ideen trugen sie tatsächlich in alle Welt.“ (Hobsbawm 2004, 109)

„Zu Beginn der Französischen Revolution ging eine Begeisterung für Demokratie und Menschenrechte durch Deutschland wie seit den ganz anders orientierten Freiheitsbestrebungen der Bauern 1525 nicht mehr. Nach den Septembermorden 1792 und der Hinrichtung des Königs wich sie aber schnell einer allgemeinen Ernüchterung. Die Diskussion über die Berechtigung der Revolution und die Art ihrer Durchführung spielte sich mehr in Zeitungen und Zeitschriften ab“ (Schwitalla 1999, 81)

oder auch in literarischen und anderen (Klein-)Textsorten. Dennoch haben die Jahrzehnte rund um die Französische Revolution, die sogenannte ‚Sattelzeit‘, eine große Bedeutung für die Entwicklung eines öffentlichen Diskurses:

„Für den deutschen Sprachraum läßt sich zeigen, daß seit 1770 eine Fülle neuer Bedeutungen alter Wörter und Neuprägungen auftauchen, die mit dem Sprachhaushalt den gesamten politischen und sozialen Erfahrungsraum verändert und neue Erwartungshorizonte gesetzt haben [...] Der Kampf um die ‚richtigen‘ Begriffe gewinnt an sozialer und politischer Brisanz.“ (Koselleck 1978, 23)

Während vielfach die Schlagwörter der Reformationszeit und speziell die der Radikalen im öffentlich Diskurs wieder auftauchen (vgl. Diekmannshenke 1993), wandelt sich ihre Semantik in Hinblick

auf das, was Peter von Polenz (1994, 386) als „neue Diskurs-Welt ‚Politiksprache‘“ bezeichnet.

Linguistische Untersuchungen zur französischen Revolution fächern sich in drei Teilbereiche auf. Zum einen sind dies Arbeiten, die sich mit dem sprachlich-politischen Handeln in Frankreich selbst beschäftigen und hierbei in erster Linie Diskurse, Reden, Plädoyers und Aufrufe untersuchen (z.B. Lohe 1997; Krause-Tastet 1999). Spezifische Aspekte der Rhetorik stehen im Mittelpunkt einer Reihe von Arbeiten (z.B. Gumbrecht 1978; Lohe 1997), daneben erfährt die Sprachpolitik in diesen Jahren besondere Aufmerksamkeit (Erfurt/Müller 1988; Hartweg 1988; Guilhaumou 1989). Einen wichtigen Beitrag zur historischen Semantik über die Französische Revolution hinaus bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts leistet in jüngster Zeit die (historische) Untersuchung von Schrader (2011).

Im zweiten Teilbereich sind Arbeiten zu finden, die sich mit der Beeinflussung des öffentlichen Sprachgebrauchs in Deutschland durch die Französische Revolution beschäftigen. Eine Reihe dieser Arbeiten vereint der Sammelband von Spillner (1997) „Französische Sprache in Deutschland im Zeitalter der Französischen Revolution“, während Abdelfettah (1989) den Fokus auf die Rezeption des Sprachgebrauchs in ausgewählten historisch-politischen Zeitschriften in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts richtet. Musolff (1992) konzentriert sich in seiner Untersuchung auf die Übernahme des Schlagworts *Terrorist* in den öffentlichen Diskurs in Deutschland.

Der dritte Teilbereich schließlich befasst sich mit dem Sprachgebrauch der revolutionären politischen Bewegungen in Deutschland, insbesondere dem im Umfeld der Mainzer Republik von 1792/93. Insbesondere Joachim Herrgen

hat sich in einer Reihe von Publikationen um die Erforschung des politischen Sprachgebrauchs der Mainzer Republik verdient gemacht (z.B. Herrgen 1990a; 1990b; 1996; 2000). Neben der Analyse der politischen Lexik stehen Beobachtungen zu den im deutschen Jakobinismus erstmals auftauchenden Textsorten und deren Sprachfunktionen (vgl. Herrgen 2000, 44) in den politischen Auseinandersetzungen im Vordergrund.

„Die neue, revolutionäre Öffentlichkeit konstituierte sich in Gestalt neuer Textemittenten, neuer Adressaten der Texte und in Gestalt neu entwickelter oder innovativ genutzter kommunikativer Verfahren. Selbst die gegenrevolutionäre Propaganda bestätigt indirekt die Jakobiner. Wenn nun auch die kurfürstliche Seite – allerdings in gegenrevolutionärer Intention – sich persuasiv an das Volk wandte, so bestätigte man die Revolutionäre, indem der Volkswille als politische Instanz de facto anerkannt wurde und die Öffentlichkeit als das Medium, in dem er sich artikulierte.“ (Herrgen 2000, 260)

Damit verbunden ist eine aktive Sprachpolitik, die einen gelenkten Sprachwandel erreichen will.

„Aufgrund der nur sehr kurzen Dauer der Mainzer Republik konnte es sich bei den sprachverändernden Aktivitäten der Demokraten nur um die Propagierung von Sprachwandel handeln, nicht um seine Vollendung.“ (Herrgen 2000, 262)

Neben der Rhetorik sind besonders dem politischen Wortschatz (z.B. Schlieben-Lange 1981; Musolf 1992; 1994; Keilhauer 1994) eine ganze Reihe von Arbeiten gewidmet, wobei sich hier Überschneidungen zwischen politologischen, historischen, literatur- und kulturwissenschaftlichen sowie rein linguistischen

Untersuchungen beobachten lassen. Anders als für Frankreich (vgl. Darnton 1988) ist jedoch die vorrevolutionäre Zeit noch weitgehend unerforscht. Als eine der wichtigsten Publikationen zur Wortgeschichte kann die achtbändige Ausgabe der *Geschichtlichen Grundbegriffe* (Brunner/Conze/Koselleck 1972-1992) angesehen werden, welche zwar keine linguistische Arbeit im engeren Sinne ist, aber dennoch eine unverzichtbare Quelle für wortgeschichtliche Untersuchungen zur politischen Kommunikation seit der Französischen Revolution darstellt.

Nachdem es vor allem in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts ein vergleichsweise großes linguistisches Interesse an dem Zeitraum von der Reformationszeit bis zur Französischen Revolution gegeben hat, ist dieses Interesse allerdings in den beiden ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts spürbar zurückgegangen, obwohl weiterhin große Desiderate bestehen. Während in der Vergangenheit historische Ereignisse wie Reformation, Bauernkriege, Französische Revolution oder Mainzer Republik besonders an sogenannten Jahrestagen eine verstärkte Aufmerksamkeit auch von Seiten der Linguistik erfahren haben, bleibt für die Zukunft zu hoffen, dass bald eine kontinuierlichere Beschäftigung damit erfolgt, um so die immer noch großen Forschungslücken für diese Zeiträume zu schließen (vgl. Diekmannshenke 2001).

Literatur

- Abdellfattah, Ahcene (1989): Die Rezeption der Französischen Revolution durch den deutschen öffentlichen Sprachgebrauch. Untersucht an ausgewählten historisch-politischen Zeitschriften. 1798-1802. Heidelberg.
- Adrians, Frauke (1999): Journalismus im 30jährigen Krieg. Kommentierung und „Parteylichkeit“ in Zeitungen des 17. Jahrhunderts. Konstanz.
- Barton, Walter (1992): Medienverband und Propaganda am Ende des böhmisch-pfälzischen Krieges 1623/24. Siegen.

- Bellmer, Elmer A. (1940): Propaganda in Germany during the Thirty Years War. Princeton.
- Bering, Dietz (1989): Gibt es bei Luther einen antimilitarischen Wortschatz? In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 17, S. 137-161.
- Brandt, Gisela (1984): Das regionale Verbündnis der Aufständischen als fördernder Faktor im geographischen und sozialen Sprachausgleich. In: Schildt, Joachim (Hg.): Luthers Sprachschaffen. Gesellschaftliche Grundlagen. Geschichtliche Wirkungen. Referate der internationalen sprachwissenschaftlichen Konferenz Eisenach, 21.-25. März 1983. 3 Bde. Berlin/DDR, Bd. 2. Berlin, S. 93-109.
- Brandt, Gisela (1997): Der Sprachgebrauch der verbündeten Aufständischen im Bauernkrieg in ihren Ordnungen. In: Dies. (Hg.): Historische Soziolinguistik des Deutschen III. Sprachgebrauch und sprachliche Leistung in sozialen Schichten und soziefunktionalen Gruppen. Internationale Fachtagung Rostock/Kühlungsborn 15.-18.9.1996. Stuttgart, S. 143-162.
- Braungart, Georg (1994): Intertextualität und Zereemoniell: Die höfische Rede. In: Kühlmann, Wilhelm/Neuber, Wolfgang (Hgg.): Intertextualität in der Frühen Neuzeit. Studien zu ihren theoretischen und praktischen Perspektiven. Frankfurt/M., S. 309-324.
- Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (1972-1992): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. 8 Bde. Stuttgart.
- Burkhardt, Armin (2008): Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte. In: Besch, Werner u.a. (Hgg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. 4 Tbd. 2. vollst. neu bearb. u. erw. Aufl. Berlin/New York, S. 98-122.
- Darnton, Robert (1988): Literaten im Untergrund. Lesen, Schreiben und Publizieren im vorrevolutionären Frankreich. Frankfurt/M. [zuerst engl. 1982].
- Diekmannshenke, Hajo (1993): Auf den Spuren Müntzers? Beobachtungen zum Schlagwortgebrauch deutscher Jakobiner. In: Muttersprache 103, S. 41-49.
- Diekmannshenke, Hajo (1994): Die Schlagwörter der Radikalen der Reformationszeit (1525-1536). Spuren utopischen Bewußtseins. Frankfurt/M. u.a.
- Diekmannshenke, Hajo (1995): Überzeugungsarbeit oder Selbstbestätigung? Der Schlagwortgebrauch der Radikalen der Reformationszeit am Beispiel von persuasiven und Ingroup-Texten. In: Brandt, Gisela (Hg.): Historische Soziolinguistik des Deutschen II. Sprachgebrauch in soziefunktionalen Gruppen und in Textsorten. Internationale Fachtagung Frankfurt/O. 12.-14.9.1994. Stuttgart, S. 167-187.
- Diekmannshenke, Hajo (1997): Spontane versus kanonisierte Intertextualität. Vom neuen Umgang mit der Bibel in der Reformationszeit. In: Klein, Josef/Fix, Ulla (Hgg.): Textbeziehungen. Linguistische und literaturwissenschaftliche Beiträge zur Intertextualität. Tübingen, S. 149-166.
- Diekmannshenke, Hajo (1998): Der Schlagwortgebrauch in Karlstadts frühen Schriften. In: Bodenstein von Karlstadt, Andreas (1486-1541): Ein Theologe der frühen Reformation. Lutherstadt Wittenberg, S. 283-302.
- Diekmannshenke, Hajo (2001): Politische Kommunikation im historischen Wandel. Ein Forschungsüberblick. In: Ders./Meißner, Iris (Hgg.): Politische Kommunikation im historischen Wandel. Tübingen, S. 1-27
- Diekmannshenke, Hajo (2006): Politische Kommunikation im historischen Wandel. Tübingen.
- Erfurt, Jürgen/Müller, Ralf (1988): Jakobinische Sprachpolitik. Versuch ihrer Rekonstruktion aus Texten der „Revolutions de Paris“. In: OBST 39, S. 36-64.
- Fischer, Hans-Dietrich (1981): Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980. Düsseldorf.
- Fritz, Gerd/Straßner, Ervich (Hgg.) (1996). Die Sprache der ersten Wochenzeitungen im 17. Jahrhundert. Tübingen.
- Gardt, Andreas (1998): Die Sprachgesellschaften des 17. und 18. Jahrhunderts. In: Besch, Werner u.a. (Hgg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. 2. vollständig neu bearb. u. erw. Aufl. 1. Halbbd. Berlin/New York, S. 332-348.
- Gardt, Andreas (1999): Sprachpatriotismus und Sprachnationalismus. Versuch einer historisch-systematischen Bestimmung am Beispiel des Deutschen. In: Ders./Haß-Zumkehr, Ulrike/Roelcke, Thomas (Hgg.): Sprachgeschichte als Kulturgeschichte. Berlin/New York, S. 89-113.
- Giesecke, Michael (1994): Der Buchdruck in der frühen Neuzeit. Eine historische Fallstudie über die Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien. Frankfurt/M.
- Giesecke, Michael (2002): Von den Mythen der Buchkultur zu den Visionen der Informationsgesellschaft. Trendforschungen zur kulturellen Medienökologie. Frankfurt/M.
- Guilhaumou, Jacques (1989): Sprache und Politik in der Französischen Revolution. Vom Ereignis zur Sprache des Volkes (1789 bis 1794). Frankfurt/M.
- Gumbrecht, Hans Ulrich (1978): Funktionen parlamentarischer Rhetorik in der Französischen Revolution. Vorstudien zur Entwicklung einer historischen Textpragmatik. München.
- Hartweg, Frédéric (1988): Sprachpolitik, Sprachideologie und Französische Revolution im Elsaß. In: ZPSK 41, S. 199-207.

- Haß-Zumkehr, Ulrike (1998): „Wie glaubwürdige Nachrichten versichert haben“. Formulierungstraditionen in Zeitungsnachrichten des 17. bis 20. Jahrhunderts. Tübingen.
- Heidenreich, Felix/Schönpflug, Daniel/Weber, Nadir (2012): Zwischen Arkanum und Öffentlichkeit. Der Brief als Medium politischer Kommunikation im 18. Jahrhundert. Münster.
- Herrgen, Joachim (1990a): „Belehrt Brüder, diese Betrogenen!“ Sprache und Politik in der Mainzer Republik von 1792/93. In: Sprachreport 1 (6), S. 6-11.
- Herrgen, Joachim (1990b): Revolution ist erste Bürgerpflicht. Textfunktionskonflikte in der Mainzer Republik (1792/93). In: Spillner, Bernd (Hg.): Interkulturelle Kommunikation. Frankfurt/M., S. 80-82.
- Herrgen, Joachim (1996): Semantik und Persuasion in der Sprache der Mainzer Republik (1792/93). In: Hildebrandt, Reiner/Bremer, Klaus (Hgg.): Stand und Aufgaben der deutschen Dialektlexikographie. II. Brüder-Grimm-Symposium zur Historischen Wortforschung. Beiträge zu der Marburger Tagung vom Oktober 1992. Berlin/New York, S. 191-218.
- Herrgen, Joachim (2000): Die Sprache der Mainzer Republik. Historisch-semantiche Untersuchungen zur politischen Kommunikation. Tübingen.
- Hobsbawm, Eric (2004): Europäische Revolutionen. 1789 bis 1848. Köln. [zuerst engl. 1966].
- Hortzitz, Noline (1994): Der „Judenarzt“. Historische und sprachliche Untersuchungen zur Diskriminierung eines Berufsstandes in der frühen Neuzeit. Heidelberg.
- Keilhauer, Annette (1994): Aristocrate und citoyen. Begriffstransfer der französischen Revolutions-sprache ins Deutsche. In: Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hgg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen S. 174-186.
- Kirkness, Alan (1998): Das Phänomen des Purismus in der Geschichte des Deutschen. In: Besch, Werner u.a. (Hgg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung, 2. vollständig neu bearb. u. erw. Aufl. 1. Halbbd. Berlin/New York, S. 407-416.
- Kobelt-Groch, Marion (1993): Aufsässige Töchter Gottes. Frauen in Bauernkrieg und in den Täuferbewegungen. Frankfurt/M./New York.
- Koselleck, Reinhardt (1978) (Hg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart.
- Krause, Armin (1984): Zur Sprache Karlstadts. Untersuchungen zum Einfluß von Verstehens- und Sprachtraditionen auf die Ausprägung individuellen Sprach- und Schriftverständnisses, Sprachverhaltens und auf die Bedeutung ausgewählter Schlüsselwörter der Reformationszeit - thematisiert und dargestellt anhand der Schriften des Reformators Andreas Bodenstein von Karlstadt. Phil. Diss. Leipzig.
- Krause-Tastet, Peter (1999): Analyse der Stilentwicklung in politischen Diskursen während der Französischen Revolution (1789-1794). Frankfurt/M. u.a.
- Law, Claudia (2002): Das sprachliche Ringen um die nationale und kulturelle Identität Deutschlands. Puristische Reaktionen im 17. und Ende des 20. Jahrhunderts. In: Muttersprache 112, S. 67-83.
- Lepp, Friedrich (1908): Schlagwörter des Reformationszeitalters. Leipzig.
- Lobenstein-Rechmann, Anja (1998): Freiheit bei Martin Luther. Lexikographische Textanalyse als Methode historischer Semantik. Berlin/New York.
- Lohe, Elisabeth (1997): Rhetorik der Französischen Revolution. Untersuchungen auf der Basis eines erweiterten Verständnisses von Rhetorik. Aachen.
- Musolff, Andreas (1992): Zur Rezeption der Französischen Revolution in Deutschland oder: Wer ist ein Terrorist? In: SuL 70 (23), S. 46-59.
- Musolff, Andreas (1994): Schreckenswörter an der Tagesordnung. Rezeption der terreur-Terminologie der Französischen Revolution in Deutschland 1794-1800. In: Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hgg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen, S. 187-209.
- Niehr, Thomas (2007): „Schlagwort“ In: Ueding, Gert (Hg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Bd. 8. Tübingen, Sp. 496-502.
- Oelke, Harry (1992): Die Konfessionsbildung des 16. Jahrhunderts im Spiegel illustrierter Flugblätter. Berlin/New York.
- Pfeffer, Maria (1993): Flugschriften zum Dreißigjährigen Krieg. Aus der Häberlin-Sammlung der Thurn- und Taxisschen Hofbibliothek. Peter Lang. Frankfurt/M. u.a.
- Polenz, Peter von [1991]/(2000): Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Bd.1: Einführung, Grundbegriffe. Deutsch in der frühbürgerlichen Zeit. 2. überarb. u. erw. Neuauf-lage. Berlin/New York.
- Polenz, Peter von (1994): Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Bd.2: 17. und 18. Jahrhundert. Berlin/New York.
- Sack, Vera (1997): Sebastian Brant als politischer Publizist. Zwei Flugblatt-Satiren aus den Folgejahren des sogenannten Reformreichstags von 1495. Stadtarchiv. Freiburg.
- Schiewe, Jürgen (1998): Die Macht der Sprache. Eine Geschichte der Sprachkritik von der Antike bis zur Gegenwart. München.

- Schiewe, Jürgen (2004): Öffentlichkeit. Entstehung und Wandel in Deutschland. Paderborn u.a.
- Schlieben-Lange, Brigitte (1981): Die Französische Revolution und die Sprache. In: LiLi 41, S. 90-123.
- Schorn-Schütte, Luise (Hg.) (2004): Aspekte der politischen Kommunikation im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts: politische Theologie – Res-Publica-Verständnis – konsensgestützte Herrschaft. In: Dies. (Hg.): Historische Zeitschrift. Beihefte N.F. 39. München.
- Schottenloher, Karl [1922]/(1985): Flugblatt und Zeitung. Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschriftentum. Neu hg. v. J. Binkowski. Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Jahr 1848. München.
- Schrader, Fred E. (2011): Zur politischen Semantik der Revolution. Frankreich (1740-1850). Wiesbaden.
- Schwitalla, Johannes (1983): Deutsche Flugschriften 1460-1525. Textsortengeschichtliche Studien. Tübingen.
- Schwitalla, Johannes (1999): Flugschrift. Tübingen.
- Spillmann, Otto (Hg.) (1991): Linguistische Beiträge zur Müntzer-Forschung. Studien zum Wortschatz in Thomas Müntzers deutschen Schriften und Briefen. Hildesheim/Zürich/New York.
- Spillner, Bernd (Hg.) (1997): Französische Sprache in Deutschland im Zeitalter der Französischen Revolution. Frankfurt/M. u.a.
- Stolt, Birgit (200): Martin Luthers Rhetorik des Herzens, Tübingen.
- Straßner, Erich (1997): Zeitung. Tübingen.
- te Heesen, Kerstin (2011): Das illustrierte Flugblatt als Wissensmedium der Frühen Neuzeit. Opladen/Farmington Hills.
- Tschopp, Silvia Serena (1991): Heilsgeschichtliche Deutungsmuster in der Publizistik des Dreißigjährigen Krieges. Pro- und antischwedische Propaganda in Deutschland 1628 bis 1635. Frankfurt/M. u.a.
- Warnke, Ingo (1993): Wörterbuch zu Thomas Müntzers deutschen Schriften und Briefen. Tübingen.
- Weber, Nadir (2010): Die Politik der Briefe. Korrespondenz als Medium politischer Kommunikation im 18. Jahrhundert. Deutsch-französisches Graduiertenkolloquium Politische Kommunikation. Von der klassischen Rhetorik zur Mediendemokratie, Internationales Zentrum für Kultur- und Technikforschung, Universität Stuttgart, 21.-23.10.2010.
- Wehler, Hans-Ulrich (1996): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Erster Band. Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära. 1700-1815. 3. Aufl. München.
- Wettges, Wolfram (1978): Reformation und Propaganda. Studien zur Kommunikation des Aufruhrs in süddeutschen Reichsstädten. Stuttgart.
- Wolf, Herbert (Hg.) (1996): Luthers Deutsch. Sprachliche Leistung und Wirkung. Frankfurt/M. u.a.
- Wolter, Beatrice (2000): Deutsche Schlagwörter zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Frankfurt/M. u.a.
- Würgler, Andreas (2013): Medien in der frühen Neuzeit. 2. Aufl. München.

5.2. 1848

1. Einführung

Mit der Revolution 1848/1849 eskalieren in den Staaten des Deutschen Bundes zahlreiche, bereits lange bestehende politische Konflikte zwischen restaurativ-konservativen und progressiv-veränderungsorientierten Kräften. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stehen die Forderungen der gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse opponierenden, liberal, demokratisch und national gesinnten Gruppierungen nach *Freiheit* und *Einheit*. Im Kern geht es ihnen dabei um mehr Rechte für das Volk, vor allem um Verfassungen mit Grundrechten, und um einen Nationalstaat. Aus politolinguistischer und sprachhistorischer Sicht ist besonders bemerkenswert, welche große Bedeutung die Akteure in diesen Auseinandersetzungen dem sprachlichen (Ver-) Handeln beilegen. Sprachbewusstseinsgeschichtlich lässt sich dies auf einen ausgeprägten Glauben an die politische Kraft der Sprache in dieser Zeit zurückführen.

Wenn im Folgenden die verschiedenen Facetten des Sprachgebrauchs und, allgemeiner, der Kommunikation in den politischen Konflikten von 1848/1849 aufgefächert werden, so geschieht dies

a) aufgrund der Konzeption des Handbuchs unter Beschränkung auf die deutschsprachigen Gebiete der Staaten des Deutschen Bundes, obwohl die neuere geschichtswissenschaftliche Forschung den europäischen Charakter der politischen Unruhen und Umbrüche um 1848 immer wieder unterstrichen hat; lediglich zu den Verhältnissen in der Schweiz werden einige zusätzliche Hinweise gegeben;

b) unter Einbezug des Vormärzes (dessen Beginn entweder mit dem Ende des Wiener Kongresses 1815 oder der Pariser Julirevolution 1830 angesetzt wird), weil sich im Vormärz die politischen und politiksprachlichen Entwicklungen der Revolution (die von März 1848 bis Juli 1849 reicht) in vieler Hinsicht vorbereiten;

c) unter Berücksichtigung der Interdisziplinarität der Forschung auf dem Gebiet; neben sprachwissenschaftlichen Forschungsergebnissen werden Resultate anderer Disziplinen, vorrangig der Literatur-, Geschichts-, Medien- und Publizistikwissenschaft einbezogen, soweit sie sich nicht nur auf einzelne (etwa literarische) Texte, Periodika oder Personen beziehen.

Disziplinenübergreifend betrachtet, lassen sich in der Forschung zur politischen Kommunikation im Vormärz und in der Revolution 1848/1849 vier Forschungsschwerpunkte ausmachen: 1. die Zensur und ihre Effekte, 2. der Sprachgebrauch in den Parlamenten, vor allem in der Paulskirche, 3. Zeitungen und Zeitschriften sowie 4. Flugblätter und Flugschriften. Die vier Schwerpunkte werden nachstehend in dieser Reihenfolge behandelt, und zwar integriert in einen ersten Abschnitt über die bildungs-, medien- und zensurgeschichtlichen Bedingungen der politischen Kommunikation und in einen folgenden Abschnitt über den politischen Sprachgebrauch. Weitere wichtige Dimensionen des Komplexes von Sprache und Politik im Vormärz und in der Revolution 1848/1849 – die Beteiligung von Frauen und die Rolle der Germanistik – kommen in zwei weiteren, kürzeren Abschnitten zur Sprache. Den Abschluss bilden der Versuch einer

Gesamteinschätzung sowie Hinweise auf weitere Forschungsmöglichkeiten.

2. Bildungs-, medien- und zensurgeschichtliche Bedingungen der politischen Kommunikation

Die politischen Äußerungen, Texte und Diskurse des Vormärzes und der Revolution 1848/1849 werden von drei Faktoren wesentlich geprägt (zu den historischen Rahmenbedingungen vgl. Nipperdey [1983]/1998; Wehler 1987-2008, 2. Bd.; von Polenz 1999, 3. Bd.; Faulstich 2004). Zunächst ist an die sich rasch ausweitenden Lese- und Schreibfähigkeiten der Bevölkerung zu erinnern. Die deutsche Bevölkerung wird erst mit der Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht im Laufe des 19. Jahrhunderts, dann jedoch relativ zügig nahezu vollständig alphabetisiert. Von Polenz (1999, 3. Bd., 51), der verschiedene Schätzungen der Alphabetisierungsquote kritisch abwägt, veranschlagt den Anteil der Analphabeten und derjenigen, die lediglich unterschreiben können, für die Zeit „um 1800 auf etwa die Hälfte, Mitte des 19. Jh. auf etwa ein Drittel, um 1900 auf etwa 1% der erwachsenen Bevölkerung“. Die Demokratisierung des Lesens im hier betrachteten Zeitraum ist allerdings nicht nur mit beträchtlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen sozialen Schichten verbunden, sondern es ist auch davon auszugehen, dass prozentual deutlich mehr Männer als Frauen, mehr Städter als Landbewohner (bei regionalen Unterschieden auch innerhalb dieser zwei Gruppen) und mehr Protestanten als Katholiken lesen und schreiben können – zumindest auf rudimentärem Niveau.

Die Produktions-, Distributions- und Rezeptionsbedingungen schriftlicher Tex-

te wandeln sich im deutschen Sprachraum in der ersten Jahrhunderthälfte aber auch aufgrund medientechnischer und -organisatorischer Neuerungen gravierend. So ermöglicht z.B. der Einsatz von dampfbetriebenen Papiermaschinen seit den 1810er Jahren und von Schnellpressen seit den 1820er Jahren eine raschere, kostengünstigere und massenhafere Herstellung von Druckschriften. Zudem erweitert und verdichtet sich das Netz der (zunehmend von den Verlagen getrennten) Buchhandlungen sowie der Lesegesellschaften, Vereins- und Leihbibliotheken, die ganz unterschiedlichen Schichten Zugang zu Büchern, Zeitungen, Zeitschriften usw. gewähren (vgl. Liedtke 2011).

Beflügelt von der Eisenbahn, deren erste Linien im deutschsprachigen Raum in den 1830er Jahren eröffnet werden, und von der optischen und dann elektrischen Telegraphie, deren Nutzung im Gebiet der deutschen Sprache in den 1830er bzw. 1840er Jahren beginnt, führen die Steigerung der Nachfrage nach und die Erweiterung des Angebots von Druckschriften zu einer drastischen Ausweitung des publizistischen Marktes, der seine Teilnehmer verstärkt mit Neuem, Aktuellem, Fremdem konfrontiert und gerade auch politische Informationen weiter und schneller zirkulieren lässt. Die beschleunigte Vermittlung sprachlich gefasster politischer Neuigkeiten über weite Strecken trägt 1848/1849 entscheidend zu einem überregionalen, nationalen, ja gesamteuropäischen Geschehenszusammenhang bei, insofern die lokalen Akteure auf die Nachrichten von Erfolg oder Misserfolg ihrer Partei an anderen Orten reagieren.

Im Vormärz jedoch wird diese neue publizistische und informatorische Dynamik noch durch die Zensur einge-

schränkt, den dritten besonders wichtigen Faktor der politischen Kommunikation (vgl. Ziegler [1983]/2006; Plachta 2006). Der Zweck der Zensur ist generell der Schutz des Staates (d.h. des Fürsten und der ihn stützenden Institutionen, auch verbündeter Staaten), der christlichen Religion, der Ordnung und Moral sowie des Ansehens von Einzelpersonen. Die geltenden Zensurbestimmungen werden vielfach als Reaktion auf oppositionelle Aktionen verschärft, woraufhin sich der Tendenz nach wiederum die politische Opposition radikalisiert und sich die Kritiker der Zensur vermehren. Das Pressegesetz der „Karlsbader Beschlüsse“ von 1819, das 1824 verlängert wird, schreibt für die Staaten des Deutschen Bundes eine Vorzensur für alle Druckschriften vor, die kürzer als 20 Druckbogen sind (320 Seiten im Oktavformat), und eine Nachzensur für alle anderen. In den 1830er Jahren kommen auf Bundesebene diverse Einzelbestimmungen hinzu. Bevor es den Bundesstaaten am 03.03.1848 freigestellt wird, die Zensur aufzuheben, sind die Zensurnormen, die in den Einzelstaaten durch weitere, mitunter noch restriktivere Vorgaben ergänzt werden, in ein umfassendes Überwachungssystem zur Unterdrückung von kommunikativen und anderen Aktivitäten zur Veränderung der herrschenden Verhältnisse integriert. Die vielfältigen Repressionsbemühungen in der Zeit des Vormärzes – wie auch die Wiedereinführung verschiedener Zensurformen mit dem Erstarken der Konterrevolution – verraten, welche große politische Sprengkraft die restaurativ-konservativen Kräfte sprachlichen bzw. kommunikativen Äußerungen zutrauen.

Relevant sind jedoch nicht nur die Zensurvorschriften, sondern ebenso deren zuletzt von der Forschung stärker und differenzierter wahrgenommene

Umsetzung (vgl. Monecke 2006; Kortländer/Stahl 2012; Clemens 2013). So ergibt sich insgesamt ein zweigeteiltes Bild von der Wirksamkeit der Zensur. Auf der einen Seite funktioniert die Zensur nur unzureichend: zu groß sind die Unterschiede zwischen den Einzelstaaten (das strengere Vorgehen z.B. in Österreich und Preußen steht der nachgiebigeren Praxis etwa in Sachsen, Baden und Württemberg gegenüber), zu schlecht ist die Koordination zwischen ihnen; hinzu kommt die Schwerfälligkeit der Behörden innerhalb der Einzelstaaten, denen nicht selten klare Regelungen der Zensurkriterien sowie der eigenen Zuständigkeit und/oder eine finanzielle und personelle Ausstattung fehlen, die eine lückenlose Kontrolle der wachsenden Menge der Publikationen über das gesamte Staatsgebiet hinweg erlauben würde. Nur begrenzten Erfolg hat die Zensur außerdem insofern, als das Verbot von Schriften oftmals das öffentliche Interesse an diesen erst weckt bzw. noch erhöht. Auf der anderen Seite greifen die Zensurbehörden oft unerbittlich durch: Maßnahmen wie das Verhindern des Erscheinens von Schriften, der Eingriff in Manuskripte, die Konfiszierung von Drucken bei Kontrollen von Transporten, Buchhandlungen, Bibliotheken etc., das Verbot von Theateraufführungen, das Verhängen von Geld-, Freiheitsstrafen und Berufsverboten behindern die kritische öffentliche kommunikative Auseinandersetzung mit dem Staat und den bestehenden Herrschaftsverhältnissen massiv.

Sofern sie weder verstummen noch opportunistische oder unpolitische Texte produzieren, reagieren die oppositionellen Autoren und Verleger der Zeit auf diese Situation, indem sie rechtliche Schlupflöcher nutzen (also beispielsweise durch Vergrößerung der Schrift

den Umfang einer Publikation auf über 320 Seiten erhöhen oder aber verbotene Periodika und Verlage neugründen), indem sie in andere, liberalere deutsche Staaten oder ins Ausland ausweichen (z.B. in die Schweiz – vgl. Gerlach 1975; Müller 2001) und indem sie brisante Publikationen besonders schnell ausliefern bzw. einschmuggeln. Aus linguistischer Perspektive ist besonders relevant, dass und wie die Zensur den politischen Sprachgebrauch beeinflusst: Die Techniken ihrer Umgehung reichen bei Druckschriften von der Anonymisierung der Autorschaft, der Verwendung eines Pseudonyms, der Angabe eines falschen Verlagsorts oder -namens, dem Einsatz eines irreführenden Umschlags, Titelblatts oder Textanfangs über ausdrückliche Hinweise auf Zensurprobleme im Text, umständliches, ausführliches Formulieren, Raum- und Zeitversetzung, Verallgemeinerung, Abstraktion, Fiktionalisierung und ironische Affirmation bis hin zur Nutzung von Allegorien, sprachlichen Bildern, Doppeldeutigkeiten und Anspielungen. Unter den Bedingungen der Zensur entwickeln die Kommunizierenden weitreichende Kompetenzen des Schreibens und Lesens *zwischen den Zeilen*, sie habitualisieren allerdings auch deren Anwendung.

3. Politischer Sprachgebrauch

3.1. Sprachgebrauch im Parlament

Die Deutsche Nationalversammlung, deren Kommunikation in exemplarischen Plenardebatten den zweiten erwähnten Forschungsschwerpunkt bildet (vgl. Heiber 1953; Grünert 1974; Allhoff 1975; Burkhardt 2000; Burkhardt/Pape 2000; Burkhardt 2003; Burkhardt 2004), ist das erste Parlament für Deutschland. Es geht aus sogenannten *allgemeinen* (tatsächlich

aber auf *selbständige* Männer beschränkten), gleichen, indirekten Wahlen hervor und tagt vom 18.05.1848 bis zum 30.05.1849 in Frankfurt/M., größtenteils in der Paulskirche, danach als *Rumpfparlament* in Stuttgart, bis es am 18.06.1849 vom württembergischen Militär aufgelöst wird. Aufgabe des *Paulskirchen-Parlamentes* ist es, eine Verfassung für Deutschland zu schaffen, das erst mit dieser Verfassung zu einem Staat würde (zum Gebrauch der Bezeichnung *Deutschland* in der Paulskirche vgl. Schmidt 2001). Der Anteil der universitär Ausgebildeten an den über 800 Abgeordneten und Abgeordnetenvertretern wird in der Forschungsliteratur auf über siebzig, teilweise über achtzig Prozent beziffert. Folglich handelt es sich zwar nicht um ein *Professorenparlament*, wohl aber um „ein Akademiker-, ein Beamten-, ein Juristenparlament“ (Nipperdey [1983]/1998, 610). Die rhetorische und literarische (Schul-)Bildung der vielen Akademiker wie auch deren fachsprachliche (Berufs-)Kompetenzen haben Konsequenzen für die Sprache im Parlament, so etwa für den Gebrauch von „Fremdwort und Fremdsprache“, insbesondere des Lateinischen und Französischen, für den Einsatz von „Zitaten“, z.B. politischen, biblischen oder literarischen, und für weiter reichende „[i]deengeschichtliche Verbindungen“ gerade zur Philosophie und politischen Theorie (Heiber 1953, 136, 139, 144, 147). Folgenreich ist ebenso die schlechte Akustik, die einerseits baulich, andererseits durch die normalerweise 400 bis 500 anwesenden Parlamentarier und das große Publikum auf den wohl ca. 2000 Zuschauer-/Zuhörerplätzen bedingt ist. Wichtig für die Kommunikation der Nationalversammlung ist zudem, dass es noch keine Parteien im heutigen Sinne gibt. Im Verlauf der Ver-

handlungen bilden sich lediglich personell fluktuierende, sich nach Sachfragen umformierende Fraktionen heraus.

In den in vieler Hinsicht vorbildlos beginnenden, für spätere Parlamente jedoch zum Vorbild werdenden parlamentarischen Debatten greifen die Abgeordneten der Paulskirche auf ihre kommunikative Erfahrung in Vereinen, bei politischen Versammlungen sowie in älteren, ständischen Repräsentativorganen zurück. Zugleich orientieren sie sich an ausländischen, etwa englischen und französischen Verfahren. Gleichwohl müssen die für die parlamentarische Arbeit unentbehrlichen Sprechakttypen bzw. sprachlichen Handlungsmuster und Handlungsschemata erst eingeübt werden: So zeigt Holly (1982, 27) in seiner pragmatischen Analyse auf, dass der chaotische Verlauf der ersten Sitzung auf Unsicherheiten in der Zuordnung von Äußerungen zu Sprachhandlungsmustern (z.B. ANTRAG oder VORSCHLAG) und Unsicherheiten in der Sequenzierung von Sprachhandlungen zum Handlungsschema „ANTRAG, ERÖFFNUNG DER DEBATTE, DEBATTE, FESTSTELLUNG von SCHLUSS DER DEBATTE [...], FRAGESTELLUNG, ABSTIMMUNG und FESTSTELLUNG DES ABSTIMMUNGSERGEBNISSES“ zurückzuführen ist. Die Hauptursachen dieser Unsicherheiten sind der Mangel der Abgeordneten an einheitlicher Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit, das Fehlen einer Geschäftsordnung, die Unmöglichkeit, auf die Geschäftsordnung einer Vorgängerinstitution zurückzugreifen, sowie die ungeschickte Leitung des Alterspräsidenten.

Seiner pragmatisch-semantischen Untersuchung des weiteren Sprachgebrauchs der Nationalversammlung legt Grünert (1974, 12, 26, 28-30) die fünf Kategorien „Destination“ (Gegenstände, die

zur Debatte stehen), „Fundation“ (Grundsätze, Prinzipien), „Motivation“ (Legitimationsinstanzen), „[r]etrospektive Kausation“ (vorausgehende, begründende Zustände) und „[p]rospektive Konsekution“ (Folgeerscheinungen) zugrunde. Mit diesen Kategorien teilt er gruppengebundene „Zeicheninventare“ ein. *Freiheit* etwa ist danach ein Konsekutionszeichen, das für die „rechte Seite“ wesentlich „Ordnung“ voraussetzt und „Schrankenlosigkeit“ ausschließt, während es für die „linke Seite“ insbesondere (auch soziale) Veränderungen zugunsten des „Volkes“ impliziert, Fremdbestimmung ausschließt und eng mit „Gleichheit“ verbunden ist (Grünert 1974, 272-274, 298, 301).

Nach Allhoffs rhetorisch-quantitativer Studie (1975), die in ihren Beschreibungen der allgemeinen rhetorisch-stilistischen Charakteristika auf der bereits älteren Arbeit von Heiber (1953) aufbaut, dauern die meist vorbereiteten, aber frei vorgetragenen, oft auf vorausgehende Beiträge Bezug nehmenden Plenarreden in der Paulskirche durchschnittlich knapp 20 Minuten – bei großen Unterschieden im Einzelfall und zunehmender Länge über die Monate hinweg. Ihr Satzbau ist nicht auffällig komplex, sprachliche Bilder sind häufig, ihre Argumentation ist oft „moralisch“ und „emotional“, „Pathos“ ist verbreitet (Allhoff 1975, 557-559). Der Stil der Reden erweist sich als primär von der historischen Zeit und vom Redner als Individuum geprägt, weniger hingegen etwa von dessen Alter, Beruf und Stand.

Burkhardt (2000; 2003; 2004) schließlich setzt den Sprachgebrauch der Paulskirche in Bezug zu dem anderer deutscher Parlamente. Im diachronen Vergleich zeigt sich das sprachliche Verhalten in der Nationalversammlung insgesamt als sehr engagiert, als respektvoll

und sachorientiert sowie als emphatisch-pathetisch. Letzteres ist durch eine entsprechende „Metaphorik“, eine „Überfülle an Bildern“, das „allegorische Ausreizen von Bildfeldern“, ein „Übermaß an emotional wertenden Adjektiven, Substantiven sowie an Hyperbeln“ und einen „aufdringlichen Gebrauch rhetorischer Satzfiguren“ bedingt (Burkhardt 2000, 76). Indem die Abgeordneten einander nach englischem Vorbild oft nicht mit einem Personalpronomen anreden und auch nicht mit dem Namen bezeichnen, sondern als „Herrn Redner“, „Voredner“, „verehrtes [...] Mitglied“ aus einem Wahlkreis usw., akzentuieren sie höflich oder auch mahnend die politische Funktionsrolle gegenüber dem Individuum (Burkhardt 2003, 404). Im Verhältnis zur Gegenwart sind darüber hinaus die Häufigkeit und Länge der Zwischenrufe geringer, und diese verteilen sich anders auf die sechs von Burkhardt unterschiedenen Grundtypen: Am häufigsten sind die „AFFIRMATIVA“ („BRAVO!“, „Ja!“, „Sehr richtig!“ usw.), gefolgt von den – meist reorganisatorischen – „DIREKTIVA“ (z.B. „SCHLUSS!“, „LAUT(ER)!“), deutlich seltener sind die – ebenfalls eher sachlichen – erinnernden „MEMORANDA“ sowie die „DISSENTIVA“ (etwa „OH!“, „OHO!“), während nach Information fragende „EROTETIKA“ und abwertende „EVALUATIVA“ kaum begegnen (Burkhardt 2004, 424, 427, 432, 435, 441). Im Vergleich zu heute sind die Zwischenrufe damit nur wenig darauf angelegt, Rede und Redner zu kritisieren, lächerlich zu machen oder überhaupt abzuwerten.

Auf bzw. an das sprachliche Handeln des ersten deutschen Parlamentes richten sich viel Aufmerksamkeit und hohe Erwartungen. Davon zeugt die – für die Forschung erfreuliche – sehr gute Doku-

mentation des Sprachgebrauchs zum einen durch die *stenographischen Berichte*, d.h. die Protokolle der Verhandlungen (vgl. Wigard 1848-1850), zum andern durch die ausgeprägte explizite Sprachreflexion der Zeitzeugen. Davon zeugt aber auch die intensive Kommunikation zwischen den Wählern und den Abgeordneten, die z.B. über Debattenbesuche, Petitionen oder Berichte für die Wahlkreise läuft. Entsprechend dem allmählichen Reputationsverlust der Parlamentarier durch Kompromisse mit den alten Mächten wie auch offensichtliche Machtlosigkeit beurteilen die Zeitgenossen deren Sprachgebrauch zunehmend negativ. Vorgeworfen werden den Abgeordneten u.a. Idealismus, Redewut, Pedanterie in Grundsatzfragen und Verzögerungen von Entscheidungen.

Von der neueren Forschung ist diese Kritik an der Paulskirche tendenziell mit dem Hinweis auf die Arbeitsvoraussetzungen und -bedingungen (fehlende Erfahrung, keine Parteien und Fraktionen im heutigen Sinn, störende tagespolitische Ereignisse) relativiert worden. Ähnliches gilt für die ebenfalls vorkommende Überhöhung der Nationalversammlung als rednerisch hochwertigstes, am ernsthaftesten diskutierendes, einem wie auch immer begründeten Ideal parlamentarischer Diskussion am nächsten kommenden deutsches Parlament. Dass die Plenardebatten für die Parlamentarier einen so hohen Stellenwert haben, erklärt sich – außer mit dem starken Glauben der Beteiligten an die Kraft der Sprache sowie mit ihrer Ehrfurcht vor dem Gremium und dessen historischer Aufgabe – wiederum mit dem Fehlen von Parteien und Fraktionen im heutigen Verständnis, doch ebenso mit der untergeordneten Rolle der Ausschüsse und der relativ geringen Öffentlichkeits- bzw. Massenmedienorientierung der Parlamentarier,

wobei natürlich auch in der Paulskirche, wie es sprichwörtlich geworden ist, *für die Galerie* gesprochen wird. Nach Burkhardt (2003, 5) repräsentiert die Paulskirche deshalb den Typ des

„demokratischen Diskussionsparlaments [...], in dem unterschiedliche Meinungen mit dem Ziel wechselseitigen Überzeugens zwischen weitgehend parteiunabhängigen Abgeordneten tendenziell so lange in ihrem Für und Wider frei ausdiskutiert werden, bis eine – im Idealfall konsensfähige – Mehrheitsentscheidung getroffen werden kann“ –

und in dem nicht etwa Vertreter einer Regierungs- oder Oppositionspartei andernorts Beschlossenes zur massenmedialen Vermittlung an potenzielle Wähler präsentieren. Im Arbeitsprozess der Paulskirche deutet sich allerdings die spätere Entwicklung des parlamentarischen Sprachgebrauchs in diese Richtung bereits an.

Ein anderes Parlament, dessen Sprachgebrauch wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, ist der von Friedrich Wilhelm IV. einberufene Erste Vereinigte Landtag von Preußen, der bereits 1847 in Berlin zusammenkommt. Die Kommunikation im Landtag ist zuweilen konfrontativer und reformorientierter, als es das Abstimmungsverhalten der Beteiligten spiegelt. Kalivodas rhetorisch-semantische Untersuchung von „parteisprachlichen Zeichenbeständen“ (1986, 257, 274f.; vgl. auch Kalivoda 1991) ergibt tendenzielle Differenzen im grundlegenden Verständnis beispielsweise von „Parlament und Abgeordneten“: Während die „Konservativen“ die Abgeordneten als ständische Vertreter auffassen, die primär dem Monarchen verpflichtet sind, die dessen Entscheidung bestätigen und die dementsprechend dem Ideal des kommunikativen

Einvernehmens folgen sollen, konzeptualisieren die „Liberalen“ sie als Volksvertreter, die zuerst eben diesem Volk verpflichtet sind, für das sie wirken und entscheiden sollen, und die sich demgemäß am Ideal der kommunikativen Auseinandersetzung zu orientieren haben. Im Sprachgebrauch des Vereinigten Landtags überlappen sich damit Verständnisse parlamentarischer (Kommunikations-)Arbeit aus zwei unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und Zeitaltern. Die historische Entwicklung dieser Auffassungen zeigt sich ähnlich, wenn man die Geschäftsordnung eines preußischen Provinziallandtags von 1826 mit der des Deutschen Reichstags von 1876 vergleicht: „[D]ie Rolle des Reichstags gegenüber der Exekutivgewalt“ ist demnach „eine völlig andere [...] als [...] die der Landstände gegenüber der königlichen Regierung“ (Holly 1998, 438; zur Geschäftsordnung der Deutschen Nationalversammlung vgl. außerdem Holly 2001).

Viel weniger gut sind die Texte linguistisch untersucht, mit denen sich die Monarchen bzw. ihre Repräsentanten in der Revolution 1848/1849 an das Staatsvolk wenden (vgl. aber Schmidt 1998). Sie lassen sich vielfach als Adaptionen propagandistisch-werbender politischer Kommunikationsstrategien auffassen und offenbaren darin die noch im 18. Jahrhundert unübliche Konzeptualisierung des Volkes als direkten Kommunikationspartner des Monarchen und die Anerkennung der Meinungsmacht dieses Volkes.

3.2. Sprachgebrauch in Zeitungen und Zeitschriften

Ausgehend von Entwicklungen im Vormärz finden die politischen Auseinandersetzungen 1848/1849 in bedeutendem

Umfang in Zeitungen und Zeitschriften statt. In Abhängigkeit von der Zensur lassen sich in dieser Zeit Phasen der langsameren und der schnelleren Entwicklung des Mediums der Zeitung und Zeitschrift ausmachen (vgl. Wilke 1991). Trotzdem wird die generelle Tendenz zur Vergrößerung des Spektrums der Zeitungen und Zeitschriften und zur Erhöhung der Auflagen bereits im Vormärz deutlich (Zeitung und Zeitschrift lassen sich Anfang des 19. Jahrhunderts noch nicht immer klar voneinander unterscheiden). Ein anderer Effekt der Zensur besteht in der Ausbildung von zwei Grundtypen von Periodika: inhaltlich gewagtere „Herausgeberzeitungen“ stehen auf ökonomische Solidität ausgerichteten „Verlegerzeitungen“ gegenüber (Requate 1996, 110). Erstere sind besser erforscht, obwohl Letztere einen größeren Wirkungskreis haben.

Besonders bekannt geworden sind die Periodika des Jungen Deutschlands, deren politiksprachliche Wirkung zwar aufgrund ihrer begrenzten Auflagenhöhe, Erscheinungsdauer und ihrer Adressierung der gebildeten Mittelschichten nicht überschätzt werden sollte, die aber durchaus theoretische und praktische Beiträge zur Weiterentwicklung der (oppositionellen) politischen Publizistik leisten. Zu dieser Gruppe von Autoren zählen namentlich Heinrich Heine, Karl Gutzkow, Heinrich Laube, Theodor Mundt und Ludolf Wienbarg, deren Schriften 1835 unter der Bezeichnung *Junges Deutschland* von der Bundesversammlung verboten werden; Ludwig Börne und einige weitere nicht im Beschluss genannte Autoren werden z.T. ebenfalls dazu gerechnet. Die Periodika des Jungen Deutschlands repräsentieren die zeittypische programmatische Hinwendung von Schriftstellern zur Politik und damit zu öffentlichkeitsrelevanten

Medien und Textsorten (vgl. Rosenberg/Kopp 1996; Eke 2005). Die Autoren des *Jungen Deutschlands* orientieren sich gemeinsam, ausgehend vom Bewusstsein einer historischen Umbruchsphase und eines darauf basierenden Interesses an der Gegenwart und an der Zukunft, am Ideal einer Literatur, die der gesellschaftlichen, politischen Veränderung zuarbeitet.

Die politisch mutigeren der von den Jungdeutschen redigierten bzw. edierten Periodika, die Brandes (1991) literaturwissenschaftlich analysiert, erscheinen zwischen ca. 1830 und 1835. Zu ihnen gehören etwa das von Gutzkow herausgegebene „Forum der Journal-Literatur“ (1831), die 1833/1834 von Laube redigierte „Zeitung für die elegante Welt“, das von Gutzkow edierte „Literaturblatt“ zum „Phönix“ (1835), der von Mundt herausgegebene „Literarische Zodiacus“ (1835-1836) sowie die von Gutzkow und Wienbarg gemeinsam herausgebrachte „Deutsche Revue“ (1835). Obwohl sie unterschiedlichen Zeitschriftentypen zuzuordnen sind, nehmen Literatur, Literatur- und Journal-Kritik sowie Literaturtheorie eine zentrale Stellung in ihnen ein. Die Zeitschriften werden zwar ihren programmatischen Ansprüchen nicht immer gerecht, reflektieren aber kritische, kosmopolitische Haltungen gegenüber den herrschenden politischen, sozialen, religiösen und geschlechtlichen Verhältnissen. In ihnen werden neue(-re) Textsorten(-varianten) entwickelt, bezeichnet z.B. als „Skizzen, Gemälde, Bilder, Tableaus, Portraits, Silhouetten, Aquarelle“ (Brandes 1991, 178). In den Bezeichnungen zeigt sich ein besonderes Interesse am Visuellen, das gemeinsam mit zeitbewussten, subjektiven, knappen, fragmentarischen Schreibweisen, mit Bildern aus traditionellen Bereichen wie Na-